



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Gewerkschaften gegen Gompers	343	der Volksbund für Freiheit und Vaterland.	
Gesetzgebung und Verwaltung. Generalkommission und Parteivorstand über das Ernährungs-wesen	344	— Aus den deutschen Gewerkschaften	347
Wirtschaftliche Rundschau	345	Unternehmerkreise. Das letzte Mittel	348
Arbeiterbewegung. Die freien Gewerkschaften und		Literarisches. Neuere Marxliteratur	349
		Mittelungen. Quidung der Generalkommission. — Gewerkschaftsbeamter gesucht	350
		Hierzu: Arbeiterrechtsbeilage Nr. 9.	

Die Gewerkschaften gegen Gompers.

Herr Gompers, der Vorsitzende der amerikanischen Landeszentrale, weilt gegenwärtig in England, wo er gegen die aufkeimenden Friedentendenzen in der englischen Arbeiterschaft zu Felde zieht. Seine völkerverhetzende Tätigkeit gab dem Genossen Legien Anlaß, auf der Konferenz der Verbandsvorstände am 10. September seinem Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission folgende Erklärung anzufügen:

„Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Ententestaaten über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen. Leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterschaft der Ententestaaten wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labor, Gompers, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen, und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem graufigen Norden und Westküsten ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil die Fünfschen von Friedensneigung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgeflammt ist, wieder verlöschen. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfange veranstaltet wurde, antwortete Gompers auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Er forderte die Niederwerfung Deutschlands und lobte die englische Nation, die in dem Kampfe gegen die „Sunnen“ sich so tapfer gehalten habe. Die Zustände in dem Lande, das Gompers vertreibt, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beleidigenden Weise von der Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen.“

Alle Achtung vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Aber auch ihr begeistertster Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist. Die Kapitalmacht herrscht dort unbeschränkter als in irgendeinem Staate Europas. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind nur in einzelnen Staaten Nordamerikas in geringen Ansätzen vorhanden. Die von dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Urteile zeigen, wie wenig

das Recht der Gewerkschaften geachtet wird, die unheilvollen Wirkungen des Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern. Hinter dem Mutterlande England, das unbegrenzte imperialistische Ziele verfolgt und mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, stehen die imperialistischen Tendenzen der Vereinigten Staaten nicht wesentlich zurück. Die Lynchjustiz wird nach den Berichten der eigenen Presse in den Vereinigten Staaten von den Richtern geduldet, den sogenannten besseren Elementen der Gesellschaft unterstützt und ist zu einer Schmach für das Land geworden. Es steht dem Vertreter eines solchen Landes schlecht an, die Arbeiterschaft Deutschlands als „Sunnen“ zu bezeichnen. Umschau im eigenen Lande gebe ihm Veranlassung genug, dort das zu schaffen, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an Kultur erreicht werden kann.

Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten, von uns? Wir haben ihrem Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter gegeben. Deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter haben wesentlichen Anteil an den Kulturfortschritten, die in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Für die brutale Kriegführung unser Volk allein verantwortlich zu machen, heißt absichtlich das übersehen wollen, was die anderen kriegführenden Staaten tun. England hat unter Bruch des Völkerrechts durch Abschneidung der Zufuhr von Nahrungsmitteln die Frauen und Kinder Deutschlands dem Hunger preisgegeben und auf diese brutale Art den Krieg zu seinen Gunsten beendigen wollen. Gegen diese Art der Kriegführung hat Deutschland sich mit allen Mitteln gewehrt. Wir bedauern mit jedem Kultur- und Menschenfreund den Torpedoschuß auf die „Lusitania“ und die entsetzlichen Folgen, die er hatte. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Gesandte in Washington eindringlich davor gewarnt hatte, auf dem Transport von Munition und Kriegsmaterial dienenden Schiff Passagiere befördern zu lassen, zumal das Gesetz der Vereinigten Staaten solche Beförderung verbot. Daß Gompers und die A. F. L. gegen diese ungesetzliche Handlung Protest erhoben haben, ist uns nicht bekannt geworden. Als gegen unseren Willen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg angekündigt war, ersuchte Gompers die Gewerkschaften Deutschlands, die Re-

gänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Reinlichkeitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniedergang geht der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Untervernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauerns nicht noch schwereren Schäden erleiden soll.

Leider hat aber die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Minderbemittelten „in erträglichen Grenzen“ bewege. Neben der Brotpreiserhöhung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel, z. B. der für Grieß von 32 auf 48 Pf., für Graupen von 36 auf 44 Pf. pro Pfund; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 Prozent. Zu der Herabsetzung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzt steigende Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugesagten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischnahrung nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichlicher vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich, oder bei den riesigen Preisen für die Minderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegs Ernährungsamts gibt bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Feststellung des Ernteergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, derselbe tröstende Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verflossenen Jahr in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transport-schwierigkeiten wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft diese Ankündigung neue Erregung hervor. Sollte seine Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reiches. Die Erfahrung hat ge-

zeigt, daß im verflossenen Jahr die Bevölkerung mit der Ration von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die „Transport-schwierigkeiten“ des Kriegs Ernährungsamts schufen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen das darbenende Volk, 20 bis 30 Mark für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war, gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was draconische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kuttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegs Ernährungsamts, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerträglich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabweisbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Brotration herabgesetzt, die Fleischration verkürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf zehn Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Eure Erzellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transport-schwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegentreiben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Fr. Ebert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der staatliche Genehmigungszwang für Neugründungen und Kapitalerhöhungen. — Umgehungsversuche und Umgehungsmöglichkeiten. — Aus der Automobilindustrie. — Nationalisierung der Produktion. — Porzellanindustrie und Porzellanhandel.

Seit Ende 1917 besteht durch Bundesratsverordnung die staatliche Konzeptionspflicht für Neugründungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Gesell-

gierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben können, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirken, daß es seinen Hungerkrieg gegen die Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellt. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles getan haben, die Gegner Deutschlands in der Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die U. S. A. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihre Führer tun sollten.

Demgegenüber haben die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundsätzen, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt worden sind, gehandelt. Sie standen zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen, und lehnten mit Entschiedenheit alle weitergehenden Kriegsziele ab. An Bemühungen, die Gewerkschaften der Ententestaaten zu gleichem Vorgehen zu veranlassen, hat es unsererseits nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das entsetzliche Ringen, das zur Vernichtung der Kultur und der Kraft der Völker Europas führen muß, zu beendigen. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die U. S. A. und ihr Präsident Compers noch zu erbringen haben.

Noch ein anderes aus der Rede Compers' sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust, vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrzahl der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsvereinigung hat ihre Mitglieder verpflichtet, die Delegierten zur Stockholmer Konferenz nicht zu befördern, und hat es dem Sekretär des Internationalen Bureaus unmöglich gemacht, nach Frankreich zu gelangen, um in der französischen Arbeiterschaft friedensfördernd zu wirken. Was die Regierungen der Ententestaaten durch Paßverweigerung erstrebten, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktisch herbeigeführt. Es berührt eigentümlich, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Handlungen rühmend zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürften wenig geneigt sein, diese von Compers verkündete neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin anzunehmen. Unkenntnis der Dinge und Haß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation haben diesen Gewerkschaftsführer verleitet, Desorganisation lobend hervorzuheben.

Die Reden von Compers sind geeignet, die U. S. A. zu stützen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft der Ententestaaten dem Rate Compers' folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern, und die Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, würde ausgehen werden müssen. Wir wollen erneut aussprechen, daß nur ein Frieden der Verständigung ohne Annexionen und

Kriegsentschädigungen ein dauernder sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die kulturwidrigen desorganisierenden Reden Compers' die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiterschaft der Ententestaaten nicht ausüben werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Strömung des jetzt tagenden englischen Gewerkschaftskongresses folgen, die einem Frieden der Verständigung austreibt, so daß dem Kriege baldigt durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird."

Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Generalkommission und Parteivorstand über das Ernährungsweesen.

Der Parteivorstand und die Generalkommission haben an den Reichskanzler in der Frage des Ernährungsweesens am 9. d. M. die folgende Denkschrift gerichtet:

Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die höchst bedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Exzellenz und Ihren Herren Vorgängern vorgetragen, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Leider fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ernststen Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungeeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Steuerungszulage war längst durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamts, die lediglich durch Preisanzreiz eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgezogen, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Phantastpreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Er-

schaften mit beschränkter Haftung, deren Grund- oder Stammkapital mehr als 300 000 Mk. beträgt. Auch für Kapitalserhöhungen über den gleichen Betrag hinaus besteht ein staatlicher Genehmigungszwang. Die Verordnung will bezwecken, den Kapitalmarkt für die Dauer des Krieges freizuhalten für die Befriedigung der Bedürfnisse des Reiches. Die Maßnahme soll aber auch auf die Uebergangszeit nach dem Friedensschlusse Bedacht nehmen, um die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparsamkeit zur Verteilung in die richtigen Kanäle zu leiten. Ohne Zweifel ist die Absicht, spekulative Gründungen und Kapitalerhöhungen zu unterbinden, aller Mühe wert; es ist nur fraglich, ob dieses Ziel durch die erwähnte Konzessionspflicht allein erreicht wird. Neuerdings wird zur Umgehung der Aktienkonzession verschiedentlich zum Kauf alter Aktiengesellschaften geschritten, deren eigentlicher Betrieb aufgehört hat. Auf diese Weise kommen die Käufer nicht nur um den staatlichen Genehmigungszwang herum, sie sparen auch den Aktienstempel, der vom 1. August ab auf 5 Proz. erhöht worden ist. Auf diese „Anpassung“ an die kriegswirtschaftliche Aktiengesetzgebung macht der „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“ aufmerksam. Er weist auf die folgende Anzeige hin, die in einer großen rheinischen Zeitung stand:

„Aktiengesellschaft - Fassung mit einem Kapital von mindestens 700 000 Mk. zu kaufen gesucht. Eventuell kann betreffende Aktiengesellschaft auch leicht realisierbare Aktiva oder Passiva besitzen.“

Eine derartige Durchkreuzung der Bestimmungen über den Konzessionszwang will aber im Grunde wenig bedeuten. Sie bietet jedoch Anlaß, die Folgen des Konzessionierungssystems zu erörtern. Neuanlagen bestehender Gesellschaften werden durch den staatlichen Genehmigungszwang, wie sich ohne weiteres ergibt, eben nur verhindert, wenn zur Durchführung Neugründungen oder Kapitalerhöhungen erforderlich sind; aber bekanntlich gibt es zahlreiche andere Wege, besonders für große und finanziell starke Gesellschaften, solche Transaktionen zu ermöglichen, ohne zu Neugründungen oder Kapitalerhöhungen zu schreiten, auch wenn sie große Geldmittel erfordern. Die Dresdener Handelskammer protestiert in einer Eingabe an die sächsische Regierung gegen die Praxis der Konzessionierung durch das Reichsbankdirektorium, das für Erteilung oder Nichterteilung der Aktienkonzession entscheidend ist. Den Gesellschaften werde, so heißt es in der Eingabe, sogar dann die Genehmigung verweigert, wenn der Kapitalmarkt überhaupt nicht in Anspruch genommen würde und die Reichsner die Verpflichtung übernehmen wollten, die Aktien bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht zu veräußern. — Diese befehdete Haltung der Reichsbank bestätigt, daß die Ausübung der Konzessionspflicht im Prinzip davon ausgeht, nicht nur auf Schonung des Kapitalmarktes zu achten, sondern spekulative Gründungen und Erweiterungen nach Möglichkeit zu unterbinden. Gerade wenn man diese Politik als zweckmäßig anerkennt und unterstützt, muß man die Frage stellen, nach welchen Grundrissen dabei verfahren wird.

Um ein Beispiel hervorzuheben: Automobilfabriken haben kürzlich das Verlangen gestellt, die geplante Gründung einer Automobil-Aktiengesellschaft nicht zu genehmigen, da ein Bedürfnis zur Gründung nicht vorläge. Nach der außerordentlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Automobilfabriken während des Krieges kann sehr wohl angenommen werden, daß die bestehenden Unternehmungen jetzt und nach einem Friedensschluß ausreichen, um alle nur erdenklichen Ansprüche zu be-

friedigen. Wie aber läßt sich die Verweigerung der Konzessionspflicht für eine Neugründung rechtfertigen, wenn die schon bestehenden Gesellschaften nach Belieben ihren Betrieb erweitern können, falls sie es nur vermeiden, mit Kapitalerhöhungen hervorzutreten? Es bedarf keiner Betonung, daß durch die Konzessionspflicht nicht private Interessen gefördert werden sollen, daran denkt selbstverständlich auch niemand. Doch es muß eine sachliche Regelung möglich sein, die gegen ungewollte Wirkungen des staatlichen Genehmigungszwanges Sicherungen schafft.

Der Verein deutscher Motorfahrzeug-Industrieller in Berlin, in dem die deutschen Automobilwerke vereinigt sind, hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, beschlossen, sämtliche Aufträge von Privaten, die bis zum 31. Dezember 1916 erteilt worden sind, zu annullieren. Begründet wird diese Maßnahme mit der Dauer des Krieges und der Steigerung der Löhne und Materialien, die jetzt in keinem Verhältnis mehr zu denjenigen stehen, die zur Zeit des Kaufabschlusses maßgebend waren. — Ob eine Aufhebung von so gearteten Verträgen rechtlich haltbar ist, mag dahingestellt bleiben. Zu bedenken bleibt jedoch, ob man einer Gruppe von Unternehmungen die Möglichkeit einer Konkurrenz vom Leibe halten und ihr eine Monopolstellung einräumen kann, ohne die Garantie zu schaffen, daß sie ihren Pflichten gegenüber der gesamten Volkswirtschaft gerecht wird. Die Konsequenz wäre, daß auch die Ausdehnung bestehender Unternehmungen nicht in das Belieben der einzelnen Gesellschaft gestellt bleibt, daß die technische Gestaltung und geschäftliche Führung gleichfalls im Einklang mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebracht und gehalten wird. Damit kommen wir zu der Forderung für die sogenannte Uebergangswirtschaft: Zusammenfassung der Kräfte — Rationalisierung der Produktion.

Für die Porzellanindustrie, in der der Konzentrationsprozeß neuerdings auch wieder erhebliche Fortschritte gemacht hat, wird die Frage der Stellung zum Handel eine praktische Bedeutung erhalten. Auf der Herbsttagung des „Nürnberger Bundes“, Großverkaufverband deutscher Fachgeschäfte, wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen: „Die in Nürnberg zur Generalversammlung und Warenbörse versammelten Mitglieder haben mit Genußtragung davon Kenntnis genommen, daß der von dem Konzern der Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co., A.-G., geplante, aber von 14 führenden Porzellanfabriken, drei königlichen Porzellanmanufakturen und der deutschen Porzellanhändlerchaft bekämpfte Versuch, durch einseitige Bindung der Händlerchaft die Konkurrenz der übrigen Porzellanfabriken auszuschalten, aufgegeben wurde. Die Mitglieder des Nürnberger Bundes hegen aber auch die zuversichtliche Erwartung, daß die Errichtung von Detailverkaufsniederlagen durch Porzellanfabriken unterbleibt, da durch derartige unnötige Fabrikfilialen der Käuferchaft kein Vorteil und dem deutschen Porzellanhandel nur Belästigungen erwachsen würden. Sollte die Errichtung von Verkaufsniederlagen der Porzellanfabriken wider Erwarten doch zur Tat werden, so werden die Mitglieder des Nürnberger Bundes einmütig zusammenstehen in der Abwehr dieser neuen Gefahr für die deutsche Porzellanindustrie und den Handel.“

Die Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Handel haben in den verschiedensten Industriezweigen bereits stattgefunden; in erster Reihe in denjenigen Industrien, die am stärksten zur Ver-
trufung oder straffen Kartellierung geschritten sind.

So töricht die Auffassung ist, als ob jeder Handel überflüssig und nach Möglichkeit auszuschalten wäre, so unbegründet ist natürlich jede Forderung des Handels, die darauf hinausläuft, den Handel als Selbstzweck zu betrachten. Wo wirtschaftlich überflüssiger Zwischenhandel beseitigt werden kann, ist es auch ein Gebot der neuen Wirtschaft, das uns jede Vergeudung von Kapital und Arbeit untersagt, ihn nicht künstlich zu erhalten.

Berlin, 10. September.

Julius Paliski.

Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften und der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland wird von den der unabhängigen Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaftsmitgliedern aufs schärfste angefeindet. Die Generalkommission soll durch diesen Beitritt, wie schon so häufig, den Klassenkampf und die Arbeiterinteressen verraten und sich in ein bürgerliches harmoniebuseliges Fahrwasser begeben haben. So genau man aber auch die gegen diese Handlung der Generalkommission gerichteten unabhängigen Zeitungsartikel und Reden durchsehen mag, findet man doch nirgends ein näheres Eingehen auf die sachlichen Gründe, die angeblich gegen den Beitritt zum Volksbund sprechen. Im allgemeinen beschränkt man sich auf radikal sein sollende phrasenhafte Redensarten. Da der Volksbund im Kampf der Unabhängigen gegen die Generalkommission und gegen die Politik des 4. August eine große Rolle spielt, muß die Frage einmal grundsätzlich und gründlich erörtert werden.

Zunächst wird zu prüfen sein, ob vom Standpunkt der Gewerkschaften und der klassenbewußten Arbeiterschaft das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationseinrichtungen und mit bürgerlichen Personen unter allen Umständen schon an sich zu verurteilen ist. Auf diesem Standpunkt haben bisher aber weder die Gewerkschaften, noch die sozialdemokratische Partei jemals gestanden. Wir haben vor dem Kriege und in besonders hohem Maße während des Krieges ein Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu verzeichnen gehabt, und jeder denkende Arbeiter muß gerade diese Entwicklung lebhaft begrüßen. Zu jeder Zeit ist es von der klassenbewußten Arbeiterschaft aufs schärfste verurteilt worden, wenn man in der Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter aus religiösen, politischen und sonstigen Gründen auseinandergerissen und verschieden organisiert und dadurch dem Unternehmertum Hilfe geleistet hat. Wir haben immer diesen irregeleiteten Arbeitern als Vorbild die Arbeitgeber vorgehalten, die sich ohne Rücksicht auf solche Unterschiede nur als Arbeitgeber organisieren. Wenn jetzt die wirtschaftliche Not und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital dazu treiben, daß die Arbeiter (zunächst unter Aufrechterhaltung ihrer verschiedenen Organisationen) doch zu einem weitgehenden Zusammenarbeiten kommen, so ist das als Stärkung unserer Kampfkraft gar nicht hoch genug zu schätzen. Aber auch das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Organisationen und Einzelpersonen ist von uns noch nie grundsätzlich verurteilt worden. In unserer Agitation haben wir stets mit Vorliebe die älteren Bestrebungen günstigen Ausprüche bürgerlicher Personen verwendet, und während des Krieges haben Leute, die den Unabhängigen sehr nahe stehen,

wiederholt mit Bürgerlichen zusammengearbeitet und sogar mit ihnen Wahlen gemacht. Es sei nur daran erinnert, daß die ganz radikalen Eduard Bernstein, Dr. Breitscheid und andere in der Vereinigung „Centrales Völkerrecht“ zusammen mit bürgerlichen Pazifisten saßen. Es sei ferner daran erinnert, daß im November 1915 in Königsberg i. Pr., in dem Wahlkreis des unabhängigen Führers Reichstagsabgeordneten Haase, die schon damals stramm oppositionell gesinnte sozialdemokratische Parteileitung bei den Stadtverordnetenwahlen ein Kompromiß mit bürgerlichen Organisationen abschloß und einen gemeinsamen Wahlauf Ruf mit der fortschrittlichen Volkspartei, mit der wilddalldutschen nationalliberalen Partei und dem erzreaktionären Haus- und Grundbesitzerverein unterzeichnete. Wenn also im Volksbund ebenfalls sich verschiedene Richtungen zur Verfolgung bestimmter Ziele zusammengefunden haben, so kann keine Rede davon sein, daß die freien Gewerkschaften durch diese Zusammenarbeit an sich irgendwie von dem Wege abgewichen sind, den sie bisher verfolgt haben.

Es kommt dann in weiterer Linie darauf an, ob bei diesem Zusammenschluß im Volksbund die Gewerkschaften von ihren bisherigen Grundsätzen etwas aufgegeben haben. Es ist richtig und ganz selbstverständlich, daß eine Organisation, die verschiedene, sonst auseinandergehende Richtungen und Strömungen umfaßt, nicht in allen Einzelfragen ihr Ziel soweit stecken kann, wie jede der ihr angeschlossenen Organisationen. Die gemeinsame Organisation wird immer sich darauf beschränken müssen, ihre Anhänger auf ein gewisses Mindestprogramm zu vereinigen, alle Kräfte zusammenzufassen, um dieses Mindestprogramm durchzuführen, und wird es im übrigen ihren Anhängern überlassen, innerhalb ihrer eigenen Organisationen ihre weitergehenden Forderungen selbstständig weiter zu vertreten. — Was will nun der Volksbund? Er tritt zunächst ein für die schleunigste Verbeiführung eines Verständigungsfriedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abstandnahme von allen gewalttätigen Eroberungen und Kriegsschädigungen. Er verlangt weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsform. Er verlangt Abstandnahme von irgendwelchem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schleunigste Durchführung einer allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischem Gebiete fordert der Volksbund die schnellste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Volksschichten zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne volksfeindliche Sicherungen sowie rückichtslosen Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde. Er verlangt engste Fühlungnahme der Regierung mit der Volksvertretung und Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenziehung der Regierung. Er will weiter die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volkes an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Beseitigung aller Standesvorrechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht. Ist in diesen Forderungen, zu denen noch eine ganze Reihe ähnlicher hinzukommen, auch nur eine einzige enthalten, die

amten des Reiches, des Staates und der Kommune, sowie der Privatunternehmer macht sich das Streben nach Erhöhung des Einkommens mehr oder weniger bemerkbar. Parlamente und Gemeindevertretungen haben den Wünschen ihrer Arbeiter und Beamten Rechnung tragen müssen. In der Rüstungsindustrie ist es der Arbeiterschaft zum Teil möglich gewesen, einen Ausgleich zwischen Lebensmittelpreiserhöhung und Lohn herbeizuführen. Trotz der Steigerung des Lohnes kann nicht bestritten werden, daß eine Verarmung der arbeitenden Bevölkerung eingetreten ist.

Schwerer als der Arbeiterschaft in der gutbezahlten Rüstungsindustrie ist es der Arbeiterschaft mit festen langfristigen Tarifverträgen gewesen, ihre Löhne entsprechend der Teuerung zu steigern. Bei Ausbruch des Krieges versuchten die Arbeitgeber trotz Tarifverträgen Lohnabzüge vorzunehmen. Die Konjunktur sollte ausgenützt werden. Jetzt glauben sie, gestützt auf die Verträge, Forderungen der Arbeiterschaft ablehnen zu müssen, wenn diese innerhalb einer Vertragsperiode gestellt werden. Die Arbeitgeber haben die Möglichkeit, bei ihren Kalkulationen die höheren Preise für Rohmaterialien usw. in Rechnung zu stellen, um sich gegen die Preissteigerungen zu schützen. Den Arbeitern soll es aber unmöglich gemacht werden, einen Ausgleich herbeizuführen. Tun sie es dennoch, werden sie auf die Tarifverträge verwiesen oder die Arbeitgeber sinnen auf andere Mittel, um zu ihrem Ziele, keine Lohnaufbesserungen vornehmen zu müssen, zu gelangen.

Einen neuen Weg, um zu ihrem Ziele zu gelangen, haben die Arbeitgeber des Baugewerbes in Danzig, beschritten. Mit Hilfe der militärischen Stellen glauben sie das erreichen zu können, was ihrer Organisation nicht gelingt. Ein günstiges Geschick hat uns ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Danzig in die Hände gespielt, daß wir der Wichtigkeit halber in vollem Wortlaut wiedergeben:

Arbeitgeber-Verband
für das Baugewerbe
zu Danzig.

Nachstehende Abschrift den Mitgliedern zur
gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Danzig, den 16. August 1918.

Der Vorstand gez. Niechert.

In der auf heute nachmittag 5½ Uhr angeetzten Besprechung berichteten die Herren Niechert, König, Dr. Leske und Kober über das Ergebnis ihrer Vorstellung bei der Kriegsamtstelle. Nach diesem Bericht wird dem Arbeitgeberverband anheimgestellt, eine Eingabe an die Kriegsamtstelle zu richten. In dieser Eingabe soll angegeben werden, welche Löhne im Höchstfalle gezahlt werden sollen und welche Strafe den Unternehmer treffen soll, wenn die Höchstlöhne überschritten werden. Die Kriegsamtstelle wird dann das stellvertretende Generalkommando ersuchen, eine Verordnung in diesem Sinne zu erlassen und bei Zuwiderhandlungen empfindliche Strafe androhen.

Es wurde heute folgendes beschlossen:

1. Es soll eine Eingabe an die Kriegsamtstelle gerichtet werden.
2. Es werden folgende Höchstlöhne für angemessen erklärt:
für Maurer, Zementfacharbeiter und Bimmerer 1,26 Mk.
für Bauarbeiter 1,— Mk.
Jugendliche, Frauen, nicht Vollwertige unterliegen besonderer Vereinbarung.

3. Die Ausarbeitung und Unterzeichnung der Eingabe wird den Herren Dr. Leske, Kober, König und Niechert übertragen.

Die von den einzelnen Unternehmern den Arbeitnehmern zu erteilende Antworten sollen in einheitlicher Form erfolgen und zwar nach folgendem Muster:

Ihre Eingabe vom betreffend Lohnforderung habe ich durch den Arbeitgeberverband im Baugewerbe in Danzig Ihrer hiesigen Organisation zur weiteren Veranlassung überandt. Für den Fall der Arbeitsniederlegung mache ich Sie auf die Folgen der bestehenden Kriegsgeetze aufmerksam.

(fällt weg, wenn Niederlegung nicht angebroht.)

Für den Fall der Arbeitsniederlegung verpflichten sich die Anwesenden, nur gemeinschaftlich vorzugehen durch Mitteilung an den Arbeitgeberverband.

Den bisher zu höheren Löhnen arbeitenden Personen dürfen diese Löhne bis zur Regelung der Eingabe durch die Kriegsamtstelle weiter gezahlt werden, den neu Eintretenden sollen dagegen keine höheren Löhne als die heute für angemessen erklärten gezahlt werden. Alle Anwesenden sollen eine Niederschrift dieser Verhandlungen erhalten.

Abrecht, Voeling, Falk, Berg & Co. Feh.
Holzmann, Krüger, König, Kober, Jaskolowski, Prochnow, Dr. Leske.

Dieses Schreiben ist an alle Baufirmen, auch an Nichtmitglieder verandt. Sollte den Wünschen des Arbeitgeberverbandes Rechnung getragen werden, befürchten wir, daß dies in seinen Folgen den Interessen des Volksganzen zuwider wäre.

Die Kriegsamtstelle in Danzig hat im Januar d. J. eine Statistik aufgenommen, nach welcher ein Arbeiter wöchentlich 36,42 Mk. zur Lebenshaltung aufwenden muß. Nach dieser Statistik wird der Arbeiter auf die Altkleiderstelle und die Speisehalle verwiesen. Wenn nach dieser amtlichen Statistik ein Arbeiter 36,42 Mk. aufwenden muß, um leben zu können, müßte ein Familienvater mit 2 Kindern mindestens 109,26 Mk. verdienen, um nur die rationierten Lebensmittel kaufen zu können. Geht der Wunsch der Arbeitgeber in Erfüllung, so würde bei 56stündiger Arbeitszeit ein minus von 38,70 Mk. entstehen. Dies bedeutet vollständigen wirtschaftlichen Ruin der Arbeiterschaft. Hoffentlich zeigt das stellvert. Generalkommando mehr Verständnis für die Lage der Arbeiter, als in diesem Fall die Arbeitgeber.

Danzig.

W. Krüger.

Literarisches.

Neuere Marx-Schriften.

Der hundertjährige Geburtstag Karl Marx' hätte und wahrscheinlich eine umfangreiche Marx-Literatur gebracht, wenn wir diesen Gedenktag hätten im Frieden feiern können. Inmitten des langen Weltkrieges mit seinen tiefeinschneidenden wirtschaftlichen Rückwirkungen müssen wir uns an einigen wenigen Schriften genügen lassen. Wir wählen die drei folgenden Schriften für eine kurze Besprechung aus, da sie uns trefflich zeigen, was Karl Marx für die Wissenschaft, für den Sozialismus und für die Gewerkschaften war.

An erster Stelle verdient Prof. R. Wilbrandt's Buch „Karl Marx“ aus der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ (Nr. 621) eine Würdigung, da es vorzugsweise der wissenschaftlichen Leistung Karl Marx' gewidmet ist. Wilbrandt

nicht jeder Gewerkschafter und jeder Sozialdemokrat, dem das Gehirn noch nicht vollständig von unabhängigen Revolutionsphrasen verkleistert ist, anerkennen kann und muß? Gewiß, es ist manches nicht enthalten, was die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften fordern. Deswegen aber behält der Volksbund doch seine ungeheure Bedeutung dadurch, daß er für dieses große Gebiet der Forderungen, die man als die zunächst wichtigsten bezeichnen kann, eine möglichst breite Kampffront aus allen Schichten der Bevölkerung und insbesondere durch Zusammenfassung aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfreise schaffen will. Daß dieser Zusammenschluß gerade gegenwärtig dringend notwendig ist, bedarf keines weiteren Beweises, wenn man nur an die machtvolle Organisation denkt, die sich die Eroberungspolitik und die Feinde jeder freiheitlichen Ausgestaltung Deutschlands in der Vaterlandspartei, dem Bund des Kaisertreuen, dem wiederauflebenden Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und in anderen Organisationen geschaffen haben, die mit riesigen Mitteln aus den Millionen der Schwerindustrie und agrarischen Kriegsgewinnler arbeiten. Es ist auch bekannt, wie die Unternehmer zum Kampf gegen die Gewerkschaften rüsten. Es würde geradezu ein nicht gutzumachender Fehler der Generalkommission gewesen sein, wenn sie sich von diesem Zusammenschluß im Volksbund ferngehalten hätte, wenn sie nicht neben der Führung ihres selbständigen Kampfes auch diese Gelegenheit benützt hätte, um den Kampf für Frieden und Freiheit energisch zu führen. Je mehr man den Kampf gegen die Generalkommission betrachtet, desto mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß es sich hierbei gar nicht darum handelt, einen „Verrat“ der Arbeiterinteressen durch die Generalkommission zu verhindern oder wieder gutzumachen, sondern daß dieser Kampf den Unabhängigen leblich eine erwünschte Gelegenheit bietet, den verhassten Gewerkschaftsführern wieder eins auszuwischen. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn die Generalkommission den Beitritt zum Volksbund abgelehnt hätte, man von derselben Seite ihr den Vorwurf gemacht haben würde: „Seht nur, wie diese Führer der Arbeiter diese Gelegenheit vorbeigehen lassen, um einen energischen Kampf für Frieden und freiheitliche Errungenschaften zu führen, weil sie schon vollständig in der Hand der Regierung sind und nicht mehr zu musen wagen. Sogar die Bürgerlichen sind radikal.“ Deshalb ist es notwendig, diesem sinnlosen Kampf entschieden entgegenzutreten und überall die Mitarbeit der Gewerkschaften im Volksbund mit allen Kräften zu fördern. In der nächsten Zeit stehen wichtige Entscheidungen im politischen Leben bevor. Jede Gelegenheit, unsern Einfluß geltend zu machen, muß uns recht sein. Diese Gelegenheit ist uns im Volksbund durch das Zusammenarbeiten mit weiten Kreisen der Bevölkerung in hohem Maße gegeben. Mögen die Gewerkschaftsmitglieder überall ohne Rücksicht auf die Treibereien der Unabhängigen auch auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiterschaft ihre Pflicht tun und für machtvolle Kundgebungen im Sinne der Ziele des Volksbundes sorgen.

Berlin.

Franz Krüger.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Verbandes der Maschinen- und Heizer beruft zum 15. Januar 1919 einen außerordentlichen Verbandstag ein. Tagesort und Tagesordnung werden erst später bekanntgegeben.

Nr. 37

Der Metallarbeiterverband hat soeben sein Jahr- und Handbuch für 1917 herausgegeben. Das dritte Kriegsjahr hat dieser größten Gewerkschaft Deutschlands die höchste Mitgliederzunahme seit ihrem Bestehen gebracht. Die Mitgliederzahl stieg von 247 360 Ende 1916 auf 392 930 am Ende des Jahres 1917, das ist um 145 570 gleich 59 Prozent. Die bisher größte Mitgliederzunahme hatte der Verband im Jahre 1910 mit 90 667; sie wurde also durch das Jahr 1917 bei weitem übertroffen. Die Ursachen dieser sprunghaften Entwicklung sind besonders zu suchen in der mit der Durchführung zahlreicher Forderungen- und Lohnbewegungen verbundenen Werbetätigkeit für die Organisation. Das erfreuliche Wachstum der Organisation ist aber zugleich eine Widerlegung aller jener, die in dem Hilfsdienstgesetz sowie in der von der Verbandsleitung betriebenen Politik in der Kriegszeit ein Hindernis für eine erfolgreiche Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit für den Verband sahen. Der Bericht betont, daß noch größere Erfolge zu verzeichnen wären, wenn dem Verband für die Bewältigung der Arbeiten mehr Angestellte zur Verfügung gestanden hätten. Bemerkenswert ist der starke Zustrom des weiblichen Elements, der allerdings in der vermehrten Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie seine Erklärung findet. Am Ende des Berichtsjahres betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 82 909. Das weibliche Element erweist sich allerdings noch als sehr unbeständig hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit, denn dem durch Beitritt erfolgten Zugang von 101 635 steht ein Abgang von 59 169 weiblichen Mitgliedern gegenüber. Das Jahr 1917 mit seiner wachsenden Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel war für den Verband aber auch ein Reformjahr an Lohnbewegungen. In der Berichtszeit sind zusammen 2531 Bewegungen in 463 Orten und 7465 Betrieben mit 1 920 422 beschäftigten Personen durchgeführt worden. Beteiligt an diesen Bewegungen waren 1 577 792 Personen, von denen 436 610 im Verband organisiert waren. Außer Lohnforderungen wurden auch zahlreiche Bewegungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. In 252 Fällen wurde für 257 983 Personen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von insgesamt 884 756 Stunden erreicht, das sind durchschnittlich für den einzelnen Beteiligten pro Woche 3,42 Stunden. Eine Erhöhung des Verdienstes wurde in 2236 Fällen für 1 123 535 Personen um zusammen 6 516 219 Mk. die Woche, das ist im Durchschnitt 5,67 Mk. pro Woche, erzielt. Zuschläge für Überstunden erhielten in 354 Fällen 225 706 Personen, für Nacht- und Sonntagsarbeit in 347 Fällen 223 965 Personen und in 460 Fällen wurden für 416 444 Beteiligte sonstige Verbesserungen erreicht. Die Reineinnahmen der Hauptkassen und der Lokalkassen betragen im Berichtsjahr über 13 Millionen Mark gegen 9 1/2 Millionen im Jahre 1916. Die Steigerung beträgt demnach über 3 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben des Verbandes sind von etwa 6 1/2 Millionen Mark auf über 7 Millionen Mark gestiegen.

Aus Unternehmerkreisen.

Das letzte Mittel.

Die ständig wachsende Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel hat die Arbeiterschaft wiederholt veranlaßt, an die Arbeitgeber um Gewährung von Zulagen heranzutreten. Nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft allein, sondern auch bei den Be-